



Anlage zur Niederschrift

vom 07.02.2019

TOP 15.14

FREIE WÄHLER

FREIE WÄHLER c/o Thomas Thedens Glashütter Damm 188 A – 22851 Norderstedt

An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr der
Stadt Norderstedt
Herrn Nicolai Steinhau-Kühl
Rathausallee 50
22846 Norderstedt

Stadtvertreter Norderstedt

Thomas Thedens

040-641 53 23

tthedens@arcor.de

www.fwsh.de

07.02.2019

Anfrage als Stadtvertreter der FREIEN WÄHLER an die Verwaltung der Stadt Norderstedt zur Berechnung der Anzahl öffentlich geförderter Wohnungen bei Neubauvorhaben mit der Bitte um schriftliche Beantwortung

Sehr geehrter Herr Steinhau-Kühl,

ich bitte in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am 07.02.2019 unter dem TOP „öffentliche Anfragen“ um die Weiterleitung meiner Anfrage zur schriftlichen Beantwortung durch die Verwaltung der Stadt Norderstedt.

In der **Stadtvertreterversammlung vom 23.04.2013** wurde aus einem Antrag der SPD-Fraktion ein gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion. Hier wurde mit 42 Ja- und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen, das bei der Ausweisung neuer Bebauungsgebiete zukünftig 30 % der Geschossflächen für den geförderten Wohnungsbau gesichert werden. Hierzu meine Fragen:

- 1. Ist der o.g. Beschluss aus der Stadtvertreterversammlung vom 23.04.2013 heute immer noch gültig oder wurde zwischenzeitlich ein davon abweichender Beschluss gefasst?**

Wichtig wäre mir hier die Klärung der Frage, falls der Beschluss noch gültig sein sollte, warum er dann nicht immer konsequent in allen Neubauvorhaben umgesetzt wird? Denn: 30 % der Geschossflächen sind in der Regel immer mehr als „nur“ 30 % der Wohnungen.

- 2. Um einen halbwegs adäquaten Anteil an öffentlich geförderten Wohnungen in den Neubauvorhaben zu erreichen, sollten die 30 % möglichst immer anhand der Geschossflächen berechnet werden. Welche (rechtlichen) Möglichkeiten sehen Sie, in Zukunft jeden Bauträger oder jedes Wohnungsbaunternehmen daran verpflichtend zu binden und deren Einhaltung auch entsprechend zu kontrollieren?**

Hintergrund meiner Frage ist die Sorge, dass wenn wir in Norderstedt die 30 % nach Anzahl der Wohnungen berechnen, wir immer ein Stück weit weniger öffentlich geförderte Wohnungen erstellen und dem Bestand zuführen. Nach meinem derzeitigen Wissensstand müssten wir sogar, um den Verlaust von aus der Förderung fallenden Wohnungen auszugleichen, für eine Übergangszeit mehr als 30 % öffentlich geförderte Wohnungen bauen, damit im Mittel dauerhaft wieder 30 % zur Verfügung stehen.

In der Anlage füge ich Ihnen das öffentliche Protokoll der Stadtvertretersitzung vom 23.04.2013 bei. Die entsprechenden Stellen mit dem o.g. Beschluss habe ich farblich markiert. Ebenso füge ich in der Anlage den ursprünglichen Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion vom 08.04.2013 bei.

Ich bedanke mich für die Beantwortung meiner Fragen und verbleibe

mit freundlichen Grüßen



Thomas Thedens

Stadtvertreter der FREIEN WÄHLER

Anlagen

- Öffentliches Protokoll der Stadtvertretersitzung vom 23.04.2013
- Ursprüngliche Beschlussvorlage der SPD-Fraktion vom 08.04.2013

NIEDERSCHRIFT

VERTEILER: 3.1.2 öffentlich

Körperschaft	: Stadt Norderstedt	
Gremium	: Stadtvertretung, STV/048/ X	
Sitzung am	: 23.04.2013	
Sitzungsort	: Plenarsaal Rathausallee 50, 22846 Norderstedt	
Sitzungsbeginn	: 19:00	Sitzungsende : 20:10

Öffentliche Sitzung

Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzende/r	: gez.	Kathrin Oehme
Schriftführer/in	: gez.	Nadine Peters

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Stadtvertretung
Sitzungsdatum	: 23.04.2013

Sitzungsteilnehmer

Vorsitz

Frau Kathrin Oehme

Teilnehmer

**Frau Ute Algier
Herr Hans-Georg Becker
Herr Miro Berbig
Herr Arne - Michael Berg
Herr René Bülow
Herr Tobias Claßen
Frau Annemarie Ebert
Herr Uwe Engel
Frau Katrin Fedrowitz
Herr Peter Gloger
Herr Frank Grzybowski
Frau Dagmar Gutzeit
Frau Sybille Hahn
Herr Harald Hattendorf
Frau Gabriele Heyer
Herr Peter Holle
Herr Thomas Jäger
Herr Helmuth Kriebber
Frau Marlis Krogmann
Herr Jürgen Lange
Frau Ariane Last
Herr Gert Leiteritz
Herr Christoph Mendel
Frau Petra Müller-Schönemann
Herr Günther Nicolai
Frau Heideltraud Peihs
Frau Maren Plaschnick
Herr Dr. Norbert Pranzas
Herr Klaus Rädiker
Herr Torsten Rehfeld
Herr Volker Schenppe
Herr Wolfgang Schmidt
Herr Klaus-Peter Schroeder
Herr Dietmar Schulz
Herr Joachim Schulz**

Herr Arne Schumacher
Herr Karl Heinrich Senckel
Herr Emil Stender
Herr Heinz-Werner Tyedmers
Frau Doris Vorpahl
Herr Friedhelm Voß
Frau Ruth Weidler
Frau Gisela Wendland
Herr Ulf Woitakowski
Herr Hans-Joachim Zibell

Verwaltung

Herr Hauke Borchardt	FB 113
Herr Thomas Bosse	Erster Stadtrat
Herr Hans-Joachim Grote	Oberbürgermeister
Frau Claudia Meyer	Amt 16
Frau Waltraud Mirow	FB 111
Frau Nadine Peters	FB 113, Protokoll
Frau Anette Reinders	Zweite Stadträtin
Herr Alex Stäcker	Fb 113
Herr Wulf-Dieter Syttkus	Amt 11

sonstige

Frau Angelika Kahlert	Seniorenbeirat
------------------------------	-----------------------

Entschuldigt fehlten

Teilnehmer

Frau Naime Basarici
Herr Johannes Paustenbach
Herr Bodo von Appen

4
VERZEICHNIS DER
TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Stadtvertretung
Sitzungsdatum	: 23.04.2013

Öffentliche Sitzung

TOP 1 :

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

TOP 2 :

Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung sowie Entscheidung über die Nichtöffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

TOP 3 :

Berichte der Stadtpräsidentin

TOP 4 :

Berichte des Oberbürgermeisters

TOP 5 :

Einwohnerfragestunde

TOP 6 : A 13/0658

Ausweisung von Baugebieten für geförderten Wohnungsbau; hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 04.04.2013

TOP 7 : M 13/0639

Tätigkeitsbericht 2011/2012 der Gleichstellungsbeauftragten

TOP 8 : B 13/0641

Änderung der „Allgemeinen Preise für die Grundversorgung mit Erdgas“ zum 01.07.2013

TOP 9 : B 13/0637

Bebauungsplan Nr. 270 A Norderstedt „Harckesstieg West“

hier: Erlass einer Veränderungssperre für das Gebiet „ Schulweg 74“ , Flurstück 680, Flur 3, Gemarkung Harksheide

Nichtöffentliche Sitzung

TOP 10 : B 13/0631

Grundstückskauf Verlängerung der Oadby-and-Wigston-Straße

TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Stadtvertretung
Sitzungsdatum	: 23.04.2013

Öffentliche Sitzung

TOP 1:

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Oehme begrüßt die Anwesenden, stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit bei 46 Mitgliedern fest.

TOP 2:

Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung sowie Entscheidung über die Nichtöffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

Abstimmung über die Nichtöffentlichkeit des Tagesordnungspunktes 10 „Grundstückskauf“.

Bei 46 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

Abstimmung über die vorliegende Tagesordnung:

Bei 46 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

TOP 3:

Berichte der Stadtpräsidentin

Keine.

TOP 4:

Berichte des Oberbürgermeisters

Keine.

TOP 5:

Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

TOP 6: A 13/0658**Ausweisung von Baugebieten für geförderten Wohnungsbau; hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 04.04.2013**

Herr Berg stellt für die CDU-Fraktion folgenden **Änderungsantrag**:

„1. Bei der Ausweisung neuer Bebauungsgebiete sollten zukünftig 30% der Geschossflächen für den geförderten Wohnungsbau gesichert werden.

2. Diese Regelung sollte möglichst in städtebaulichen Verträgen verpflichtend nach dem BauGB vereinbart werden.

3. Die an die Stadt Norderstedt zurückfließenden Mittel aus dem derzeitigen Bestand des öffentlich geförderten Wohnungsbaus sollten als betriebswirtschaftliche Zuschüsse den Baurägern zur Verfügung gestellt werden.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, dieses Verfahren mit dem Innenministerium und der Investitionsbank Schleswig-Holstein abzustimmen.

5. Die bauliche Umsetzung – insbesondere die Verwendung der kommunalen Zuschüsse sollte möglichst durch leistungsfähige, örtliche am Markt agierende Genossenschaften und Wohnungsbauunternehmen erfolgen.“

Herr Schroeder stellt einen **Verweisungsantrag**.

Herr Leiteritz beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Es folgt eine Sitzungsunterbrechung von 19.17 Uhr bis 19.37 Uhr.

Die SPD-Fraktion und CDU-Fraktion stellen einen **gemeinsamen Antrag**:

„1. Bei der Ausweisung neuer Bebauungsgebiete sollten zukünftig 30% der Geschossflächen für den geförderten Wohnungsbau gesichert werden.

2. Diese Regelung soll in städtebaulichen Verträgen verpflichtend nach dem BauGB vereinbart werden.

3. Die an die Stadt Norderstedt zurückfließenden Mittel aus dem derzeitigen Bestand des öffentlich geförderten Wohnungsbaus sollten als betriebswirtschaftliche Zuschüsse den Baurägern zur Verfügung gestellt werden.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, dieses Verfahren mit dem Innenministerium und der Investitionsbank Schleswig-Holstein abzustimmen.

5. Die bauliche Umsetzung soll grundsätzlich durch Bestandshalter, bevorzugt von örtlich am Markt agierenden Genossenschaften und Wohnungsbauunternehmen erfolgen.“

Abstimmung über den Verweisungsantrag:

Bei 4 Ja- und 42 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

1. Bei der Ausweisung neuer Bebauungsgebiete sollten zukünftig 30% der Geschossflächen für den geförderten Wohnungsbau gesichert werden.
2. Diese Regelung soll in städtebaulichen Verträgen verpflichtend nach dem BauGB vereinbart werden.
3. Die an die Stadt Norderstedt zurückfließenden Mittel aus dem derzeitigen Bestand des öffentlich geförderten Wohnungsbaus sollten als betriebswirtschaftliche Zuschüsse den Bauträgern zur Verfügung gestellt werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, dieses Verfahren mit dem Innenministerium und der Investitionsbank Schleswig-Holstein abzustimmen.
5. Die bauliche Umsetzung soll grundsätzlich durch Bestandshalter, bevorzugt von örtlich am Markt agierenden Genossenschaften und Wohnungsbauunternehmen erfolgen.

Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der SPD- und CDU-Fraktion:

Bei 42 Ja- und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen.

TOP 7: M 13/0639**Tätigkeitsbericht 2011/2012 der Gleichstellungsbeauftragten**

Frau Meyer weist daraufhin, dass es aufgrund des 25-jährigen Jubiläums der Gleichstellungsstelle Norderstedt eine Ausstellung im Stadtmuseum geben wird und lädt herzlich dazu ein.

Die Stadtvertretung nimmt den Tätigkeitsbericht 2011/2012 der Gleichstellungsbeauftragten zur Kenntnis.

TOP 8: B 13/0641**Änderung der „Allgemeinen Preise für die Grundversorgung mit Erdgas“ zum 01.07.2013**

Bei 46 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Die Anpassung der „Allgemeinen Preise für die Grundversorgung mit Erdgas aus dem Versorgungsnetz der Stadtwerke Norderstedt“ wird mit Wirkung zum 01.07.2013 in der Fassung der Anlage zur Vorlage B 13/0641 beschlossen.

TOP 9: B 13/0637**Bebauungsplan Nr. 270 A Norderstedt „Harckesstieg West“**

hier: Erlass einer Veränderungssperre für das Gebiet „ Schulweg 74“ , Flurstück 680, Flur 3, Gemarkung Harksheide

Beschluss:

Zur Sicherung der Planung des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 270 A Norderstedt „Harckesstieg West“ beschließt die Stadt Norderstedt aufgrund der § 14 und 16 des BauGB i. V. m. § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) die Satzung über die befristete Veränderungssperre für das Gebiet „Schulweg 74“.

Der von der Veränderungssperre erfasst Teilbereich besteht aus dem Flurstück 680, Flur 3, Gemarkung Harksheide. Der Geltungsbereich ist in der Planzeichnung vom 20.03.2013 bestehend aus dem Teil A – Planzeichnung- und dem Teil B –Text- dargestellt (vgl. verkleinerte Fassung in der Anlage 3). Diese Planzeichnung ist Bestandteil des Beschlusses.

Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses war am 09.05.2012 abgeschlossen.

Die Satzung ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 16 Abs.2 BauGB).

Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Abstimmung:

Gesetzliche Anzahl der Stadtvertreterinnen/Stadtvertreter: 49; davon anwesend: 46.

Bei 46 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

ANTRAG

			Vorlage-Nr.: A 13/0658
SPD-Fraktion			Datum: 08.04.2013
Bearb.:	Herr Jürgen Lange	Tel.: 506	öffentlich
Az.:			

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Stadtvertretung	23.04.2013	Entscheidung

Ausweisung von Baugebieten für geförderten Wohnungsbau; hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 04.04.2013

Beschlussvorschlag

1. Bei der Ausweisung neuer Bebauungsgebiete sind zukünftig 30% der Wohnbauflächen für den geförderten Wohnungsbau zu sichern.
2. Diese Regelung soll grundsätzlich in städtebaulichen Verträgen verpflichtend nach dem BauGB vereinbart werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, dieses Verfahren mit dem Innenminister und der Investitionsbank Schleswig-Holstein abzustimmen.
4. Die bauliche Umsetzung soll grundsätzlich durch Bestandhalter, bevorzugt von örtlich am Markt agierenden Genossenschaften und Wohnungsbauunternehmen erfolgen.

Sachverhalt

Das Recht auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum, besonders für sozial Benachteiligte, sowie die schwierige Situation auf dem Wohnungsmarkt bei steigenden Mieten und geringer werdenden gefördertem Wohnraum, müssen die Verantwortlichen in der Politik zum Handeln bewegen.

Für einkommensschwache Haushalte gibt es einen ausgeprägten Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Bürgerinnen und Bürgern, die sich nicht aus eigener Kraft mit angemessenem Wohnraum versorgen können, müssen wir die Möglichkeit geben, Zugang zu preiswerten und auch qualitativ hochwertigen Wohnungen zu bekommen.

Anlagen:

Originalantrag

Sachbearbeiter/in	Fachbereichsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausgaben: Amt 11)	Stadtrat/Stadträtin	Oberbürgermeister
-------------------	-----------------------	---------------	--	---------------------	-------------------